

Nr. 144



## **Der Ukraine – Konflikt gefährdet den Frieden**

- eine Dokumentation -

von

**Prof. Dr. Georg Grasnick**

Redaktionsschluss: 15.06.2014

„100 Jahre nach dem Beginn des I. Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des II. Weltkrieges, 15 Jahre nach der NATO-Aggression gegen Jugoslawien“ befindet sich Europa „inmitten neuer Erschütterungen“, heißt es einer im Februar 2014 veröffentlichten Erklärung des Europäischen Friedensforums. „Die politischen Eliten in den USA, der NATO und der EU meinen, die Zeit sei gekommen, die Landkarte Europas, und nicht nur Europas, zu verändern und das Völkerrecht, wie mit Jugoslawien 1999 praktiziert, durch ein Modell neuer Aggressionskriege, durch »humanitäre Interventionen« zu ersetzen. Das Szenario ist seit 1989 immer das gleiche. Unter Missbrauch von Begriffen wie Menschenrechte, Freiheit und Demokratie, durch Verletzung von Verfassungen und Gesetzen, sowie durch organisiertes Chaos auf Straßen und Plätzen bis hin zu Bürgerkriegen wird versucht, nichtgenehme Machtverhältnisse in anderen Staaten zu ändern und souveräne Staatsführungen zu stürzen.“

Der Anschluss der Ukraine an die NATO gehört seit Jahren zu den Top-Projekten des US-Imperialismus. Die US-Supermacht will damit zugleich die Rolle des größten Landes der Erde – der Russischen Föderation – als Großmacht eliminieren.

Die EU mit ihrer deutschen Führungsmacht strebt zur Erweiterung ihres Machtbereichs die „Eingemeindung des östlichen Resteuropa“ in die imperialistische Gemeinschaft an.

Bevor die dramatischen Vorgänge in der Ukraine näher behandelt werden, sollen zu deren besserem Verständnis zunächst die gegen Russland gerichtete geopolitische Strategie des USA-Imperialismus und die damit einhergehende Russophobie betrachtet werden.

## **Rivalen ausschalten**

Nach dem Untergang der Sowjetunion setzte der US-Imperialismus die „Neuordnung der Welt“ auf die Tagesordnung. Dazu gehörte der 1992 vom damaligen US-Präsident Bush sen. und seinem Vize Cheney inspirierte und in Kraft gesetzte sogenannte „No Rivals Plan“. Seine Kernaussage: „Unser Ziel ist es, den Aufstieg eines globalen Rivalen zu verhindern. Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten zuvorzukommen.“ (1)

---

1 [www.glasnost.de/militaer/](http://www.glasnost.de/militaer/) 92 norivals

Dieser Plan blieb Handlungsgrundlage für alle US-Präsidenten seit Bush sen. Mächte wie Russland, die mit dem US-Imperialismus nicht auf gleicher Wellenlänge operieren und seinen Führungsanspruch nicht akzeptieren, werden als „feindliche Macht“ verstanden und behandelt. Ex-Präsidentschaftskandidat Romney proklamierte dementsprechend, Russland sei „Amerikas global politischer Feind Nummer eins.“

1995 hatte US-Präsident Clinton vor den Chefs der US-Streitkräfte zur Aufgabe des nächsten Jahrzehnts erklärt: „Aufspaltung Russlands in Kleinstaaten vermittelt zwischenregionaler Kriege, ähnlich jenen, die wir in Jugoslawien organisiert haben; vollständige Desorganisation des militär-industriellen Komplexes Russlands und seiner Streitkräfte.“

1997 entwickelte der US-Strategie Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“, dem „No Rivals Plan“ gemäß, umfassend die geostrategischen und geoökonomischen Ziele des US-Imperialismus. Als vorrangige Aufgabe der US-Politik sah er Russland zu drei- oder vierteilen: „Einem locker konföderierten Russland – bestehend aus einem europäischen Russland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik – fiel es auch leichter, engere Wirtschaftsbeziehungen mit Europa, den neuen Staaten Zentralasiens und dem Osten zu pflegen.“ (2) Besonders verwies Brzezinski auf die Schlüsselrolle, die der Ukraine in der gegen Russland gerichteten Strategie zukäme: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.“ (3)

Seit eineinhalb Jahrzehnten sind die USA bestrebt, die Ukraine in die NATO einzugliedern. 1997 wurde eine NATO-Ukraine-Charta vereinbart. Die NATO unterstützt seitdem die Reform der ukrainischen Streitkräfte. Die Ukraine wurde sogar das einzige Nichtmitglied, das an von der NATO geführten Militäreinsätzen teilnahm. So in Afghanistan, im Kosovo und im Mittelmeer.

---

2 Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Belz Quadriga Verlag, 1997, Weinheim und Berlin, S. 288/89

3 ebenda, S. 74

Beim NATO-Gipfel 2008 wurde die Ukraine in den Mitgliedsaktionsplan aufgenommen. Danach muss die Ukraine jedes Jahr ein aktualisiertes nationales Jahresprogramm vorlegen, wie sie sich politisch, wirtschaftlich und militärisch auf die NATO-Mitgliedschaft vorbereitet.

Nach dem 2008 vom damaligen georgischen Präsidenten Saaschwili provozierten Überfall auf Ossetien und den Kriegshandlungen gegen Russland hatte US-Vizepräsident Biden Georgien und der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft versprochen. Doch die BRD und Frankreich verhinderten 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest wie auch auf dem nächsten Gipfel 2009 in Strasbourg mit ihrem Veto die Mitgliedschaft. Mit der vom Westen herbeigeführten Ukraine-Krise werden nun von den USA die Karten neu gemischt.

Der private US-amerikanische Nachrichtendienst Stratfor, vom US-Magazin Barrou's als „Schatten-CIA“ charakterisiert, hat - in Anlehnung an die 1997 von Brzezinskis geäußerten Gedanken - im Dezember 2013 in einer Analyse zu den Vorgängen in der Ukraine konstatiert: „Die Ukraine ist ein Gebiet, das tief in das Kerngebiet Russlands reicht, und wenn es die Ukraine aus seinem Einflussbereich verlöre, wäre Russland nicht mehr zu verteidigen... Für die Vereinigten Staaten stellt die Unterstützung politischer Kräfte in der Ukraine das wirksamste Mittel dar, um Russland zurückzudrängen.“

Zur Rolle der BRD, die sie zu diesem Zeitpunkt noch spielen konnte, wird vermerkt: „Der Akteur, der hierbei den Takt angibt, ist Deutschland, das in der Vergangenheit danach getrachtet hat, innerhalb der Ukraine ein Gleichgewicht aufrechtzuerhalten - so zum Beispiel, indem es die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ablehnte -, um die Beziehungen zu Russland, Berlins wichtigstem Partner in der Energiefrage, aufrechtzuerhalten.“ (4)

Immerhin: Das Handelsvolumen der EU mit Russland ist fast zehn Mal so hoch als das der USA. „Der russisch-europäische Handel hat ein Volumen von nahezu 340 Milliarden Euro“, sagt TUI-Aufsichtsratschef Mangold. „Auf die europäische Wirtschaft entfallen über 75 Prozent aller Auslandsinvestitionen in Russland. Die USA stehen demgegenüber lediglich für ein Handelsvolumen von

---

4 [www.zeit-fragn.ch](http://www.zeit-fragn.ch)

40 Milliarden Euro, also etwa ein Zehntel des Betrags der EU mit Russland, und stehen lediglich für 15 Prozent der Auslandsinvestitionen.“<sup>(5)</sup> Von dem Handel mit Russland hängen rund 400.000 Arbeitsplätze in der EU ab.

Da erscheint es logisch, dass die EU und ihre Führungsmacht BRD zurückhaltender mit Sanktionen umgehen. Bei aller Gemeinsamkeit der aktuellen politischen Positionen mit den USA gegenüber Russland, wie sie auch beim jüngsten Europabesuch Obamas demonstriert wurde, sind Widersprüche im Herangehen an die Lösung des Ukraine Konfliktes nicht zu übersehen. Die diplomatische Tätigkeit der BRD hat Interessen der deutschen Wirtschaft – und im weitesten Sinne die der Europäischen Union – zu berücksichtigen. Die für Europa zuständige US-Staatssekretärin Nuland hat dafür nur ein „Fuck the EU“ übrig.

### **USA für neue, »funktionstüchtige« Allianz**

Der von Washington gefahrene Ukraine-Kurs braucht unter anderem auch deshalb andere Maxime. Stratfor-Chef Friedman ging Mitte Februar 2014 in einer Lageanalyse auf die inzwischen von den USA geschaffenen günstigeren Bedingungen für ihren Konfrontationskurs in der Ukraine ein. Bedingungen, die zugleich auch ermöglichen, den Einfluss Deutschlands, überhaupt des „alten Europa“, zu reduzieren. Friedman spricht von Plänen „parallel zur weitgehend unnütz gewordenen NATO.“ Eine neue, gefälligere, von den USA leichter zu führende Allianz soll her. Sie soll in robuster Weise die Einkreisung Russlands vom Baltikum über Mitteleuropa bis nach Zentralasien schaffen. „Das Problem ist“, so Friedman, „dass die Nato keine funktionierende Allianz mehr ist. Sie wurde im Kalten Krieg entwickelt, um eine weit im Westen liegende Grenze zu verteidigen, die heute weit im Osten verläuft. Noch wichtiger war der Konsens aller Mitglieder, dass die Sowjetunion eine existenzielle Bedrohung für Westeuropa war. Dieser Konsens ist nicht mehr da.“ Friedmann dann weiter: „Unterschiedliche Länder haben unterschiedliche Auffassungen von Russland und andere Sorgen. Für sie wäre eine Wiederholung des Kalten Krieges, selbst angesichts der russischen Aktionen in der Ukraine, viel schlimmer als eine

Anpassung an Russland. Darüber hinaus hat das Ende des Kalten Krieges zu einem massiven Rückgang der militärischen Kräfte in Europa geführt. Ohne eine massive und schnelle Aufrüstung fehlt der Nato einfach die Kraft. Wegen der Finanzkrise und aus anderen Gründen wird es jedoch zu keiner Aufrüstung kommen. Außerdem erfordert die Nato Einstimmigkeit im Handeln, denn diese ist einfach nicht mehr da.“ (6)

Aufschlussreich ist, dass die Obama-Administration bei ihrem Konfrontationskurs gegen Russland nicht nur nach dem „No-Rivals-Plan“ von Bush-Cheney verfährt. Sie greift auch Vorstellungen auf, die vom damaligen Verteidigungsminister Rumsfeld entwickelt worden waren. Der hatte, als im Krieg gegen den Irak einige NATO-Mitglieder sich nicht als „Willige“ in die militärische Intervention einreihen ließen, sondern spezifische Kapitalinteressen vertraten, das „alte Europa“ geschmäht. Rumsfeld damals zu Journalisten: „Sie denken an Europa als Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich denke, das ist das alte Europa...Wenn sie das heutige gesamte NATO - Europa in Betracht ziehen, dann rückt der Schwerpunkt nach Osten.“ (7) Rumsfeld bezog sich auf Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei.

Stratfor zufolge hätten die Staaten entlang der russischen West- und Südgrenze „ein primäres Interesse, sich russischen Machtansprüchen zu widersetzen.“ Dagegen sei der „Rest Europas nicht in Gefahr“, und diese Länder seien auch „nicht bereit, finanzielle und militärische Opfer für die Lösung eines Problems zu bringen, von dem sie glauben, dass man ohne Risiko damit leben könne.“ Deshalb müsse jede amerikanische Strategie zur Schaffung neuer Strukturen an der russischen Peripherie „die NATO umgehen“. In dieser Region müsse eine neue, von den USA geführte Allianz entstehen, deren Mitglieder – im Unterschied zur NATO – „kein Vetorecht“ haben. (8)

Der NATO-Oberkommandierende Breedlove deutet an, worum es perspektivisch gehen soll, wenn er sagt, die NATO müsse eine

---

6 Junge Welt, 15. Mai 2014

7 Der Spiegel, 9/2003, Handelsblatt, 15. Februar 2005

8 Junge Welt, 15. Mai 2014

„permanente Verlegung“ von „eigenen Verbänden“ auf das Gebiet ihrer Verbündeten in Betracht ziehen. Eine „neue Vorwärtsverteidigung“ sei angesagt. Die Außen- bzw. Verteidigungsminister Estlands, Lettlands und Litauen, sozusagen Vertreter des „neuen Europa“, stellen in Gesprächen mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ Konsens her. Sie verlangten eine fortgesetzte Militärpräsenz der Allianz in ihren Ländern. (9)

Offensichtlich weisen die USA dabei Polen eine besondere Rolle zu und finden dabei volle Unterstützung von der gegenwärtigen Regierung dieses Landes. Nicht umsonst hat Obama bei seinem aktuellen Europabesuch ausgerechnet in Polen Station gemacht – und nicht etwa wegen des 25. Jahrestages der „ersten freien Wahlen“. Fotos mit dem polnischen Präsidenten vor militärischem Gerät und martialische, gegen Russland gerichtet Reden, Bekundungen unverbrüchlicher Solidarität bestimmten den Besuch.

Ein Beitrag zur Deeskalation – wie er ungerechtfertigter Weise von Russland als Verpflichtung immer wieder gefordert wird – war es nicht.

### **Kurs auf Putsch in der Ukraine**

Um Russland „zurückzudrängen“, mussten also „als wirksamste Mittel politische Kräfte“ in Kiew installiert werden, die bereit waren, „neue Strukturen an der russischen Peripherie“ schaffen zu helfen. Es ging um einen „Regime Change“. Das stand im Zentrum der westlichen Strategie, und es war die Ursache der sich dann entwickelnden Ukraine-Krise. Um mit der Ukraine das „Tor für eine schrittweise Demokratisierung“ Russlands a la Carter oder Brzezinski aufzustoßen, musste Schluss gemacht werden mit dem Hin und Her in der Politik der ukrainischen Eliten zwischen Russland – dem historisch, traditionellen Partner im Osten und der „vielversprechenden“ Anbindung an den Westen.

Dieser innere Konflikt in der Ukraine schwelt schon lange und hat historische, ökonomische, soziale und politische Wurzeln. In den Plänen des Westens gewann er eine Schlüsselfunktion.

Als der Präsident der Ukraine, Janukowitsch, auf dem EU- Osterweiterungs-Gipfel in Vilnius Ende November 2013 die Unterzeich-

nung eines Assoziierungsabkommens verweigerte, nahmen USA und BRD mit Klitschko, Jazenjuk und Tjagnibok im Schlepptau Kurs auf den „Regime Change“ in Kiew. Demagogisch wurden Proteste gegen die Selbstherrschaft der Oligarchen in der Wirtschaft und die sozialen Forderungen der auf dem Maidan demonstrierenden Bürger von den Agenturen des Westens und von Radikalnationalisten sowie Rechtsextremisten aufgegriffen und kanalisiert.

Die USA wollen die Ukraine als Frontstaat gegen Russland aufbauen. Die BRD will die EU-Mitgliedschaft der Ukraine, um den eigenen Einfluss- und Machtbereich zu erweitern und die Profitinteressen des deutschen Kapitals zu befriedigen.

USA und EU hatten lange darauf hingearbeitet, die Machtkonstellation in der Ukraine zu unterminieren. Geleitet vom strategischen Interesse des Militär-Industrie-Komplexes der USA wurden über die dem US-Außenministerium unterstehende Nichtregierungsorganisation USAID in den vergangenen zwei Jahrzehnten für Aufbau und Umtriebe regierungsfeindlicher Organisationen 1,9 Milliarden Dollar eingesetzt. (10) Die CIA brachte ihre Erfahrungen aus „verdeckten Aktionen“ in die Unterminierungstätigkeit ein.

Der US-amerikanische Friedensrat hatte angesichts der Mächtigkeiten von westlich gelenkten und finanzierten Stiftungen und NGO'S vor einem Staatsstreich in der Ukraine gewarnt. Er verwies auf bekannte Praktiken der CIA: „Das CIA-Szenario wurde viele Male gegeben – im Iran 1953, in Chile 1973, in Tahiti 1991 und 2004, in Jugoslawien in den 90er Jahren, in Honduras 2009, in Libyen, in Ägypten, Syrien, Venezuela und in vielen anderen Staaten... Jedes Mal aber wurde eine Regierung ins Visier genommen, die eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den Forderungen seitens der US-Außenpolitik zeigt. Die CIA stachelt ‚demokratische‘ Aufstände an, bezahlt Verbrecher, um Gewalt anzuwenden.“ (11)

Als „Regisseur“ des Umsturzes fungierte in Kiew kein Geringerer als Biden. „Im Auftrag Obamas hat sich US-Vizepräsident Biden in den vergangenen Monaten mit großem Engagement in die Krise im östlichen Europa eingemischt“ berichtete die „Berliner Zeitung“. (12)

---

10 [www.usaid/where](http://www.usaid/where) we work

11 <http://pwasowa.blogspot/2014/03/ukraine-alarm-des-us-friedensrats.html>

12 Berliner Zeitung, 26. Februar 2014



Die Interessen der BRD nahm in Kiew zunächst der ehemalige Außenminister Westerwelle wahr. Nach ihm griff ab Dezember 2013 sein Nachfolger Steinmeier in die Aktivitäten der oppositionellen Kräfte ein. „Vorarbeit“ hatte die Konrad - Adenauer -Stiftung geleistet. Sie baute mit Hilfe des BRD-Außenministeriums den ehemaligen Box-Weltmeister Klitschko als Kandidaten des „Neuen Europa“ in der Ukraine auf. „Merkels CDU und die europäische konservative Parteienfamilie EVP“, so „Der Spiegel“, „haben Klitschko auserkoren, das ukrainische Nein (zum EU-Beitritt) von innen aufzuweichen.“ (13)

2013 schuf die EU - unter aktiver Beteiligung Berlins - für die „oppositionellen Kreise in den östlich und südlich an die EU grenzenden Ländern“ die Stiftung „European Endowment for Democracy“ (EED), „Europäische Demokratiestiftung“. Um „demokratische Prozesse“ in den Zielländern zu befördern, hieß es. Die Stiftung erklärte, sie könne bei der Förderung politischer Parteien und „wenn ein rascher Umsturz angestrebt werde, auch die Förderung von Kräften in Kauf nehmen, „die sich zu einem späteren Zeitpunkt als Nicht-Demokraten entpuppen.“ (14) Tatsächlich wurden von Anfang an, also „zu einem sehr frühen Zeitpunkt“, faschistische Kräfte in die „Förderung“ einbezogen. 2012 hatte die Adenauer - Stiftung die Chefs der verschiedenen Oppositionsparteien zu einem Treffen zusammengeführt. „Nicht-Demokraten“ inklusive. Denn Tjagnibok nahm für die Swoboda daran teil.

Das Bündnis zwischen Klitschko (UDAR-Partei), Jazenjuk (Timoschenko-Partei) und Tjagnibok (Swoboda) war nach der Parlamentswahl im Oktober 2012 geschlossen worden. Organisatorisch und ideologisch dominierte dieses Bündnis - mit seinen westlichen Sponsoren im Rücken - 2013/ 2014 den Ablauf des Geschehens. Die Swoboda-Partei, die enge Kontakte zur NPD unterhält, erklärte, die Ukraine sei „Opfer einer jüdisch-russischen Verschwörung“. Swoboda-Chef Tjagnibok rief zum gewaltsamen Sturz der ukrainischen Regierung auf.

---

13 Der Spiegel, 50/2013

14 German Foreign Policy Newsletter, 6. März 2014

Der Westen war von Anfang an bemüht, sein „Ziehkind“, dieses Oppositionsbündnis durch vielfältige Maßnahmen vor Ort und im Ausland politisch hoffähig zu machen.

Während von Medien und westlichen Regierungen die Protagonisten in ihrem Vorgehen „beflügelt“, populär gemacht und empfangen wurden, stand die legitime Regierung der Ukraine bei jeder ihrer beabsichtigten Maßnahmen zur Verteidigung der rechtmäßigen Ordnung unter feindlichem medialen Trommelfeuer bzw. wurde mit Drohungen der westlichen Regierungen konfrontiert. Dabei dominierten auf dem „Maidan“ schon bald ultranationalistische, rechtsradikale und profaschistische Kräfte - wohl vorbereitet und organisiert - das Geschehen. Sie besetzten öffentliche Gebäude und versuchten mit Gewalt in das Regierungsviertel vorzudringen.

Nach Eskalation der Vorgänge auf dem Maidan griff die deutsche Bundeskanzlerin ein. Sie verlangte, „die Kiewer Regierung solle die beschlossene Verschärfung des Versammlungsrechts zurücknehmen. Jede Regierung sei verpflichtet, ihren Bürgern friedliche Demonstrationen zu ermöglichen.“ (15) Klitschko, derart ermuntert, drohte, die Opposition werden zum Angriff übergehen, wenn Janukowitsch nicht sofort zurücktrete und Neuwahlen stattfänden.

BRD-Außenminister Steinmeier, seine französischen und polnischen Kollegen Fabius und Sokorski, der vom russischen Präsidenten beauftragte Gesandte Lukin sowie die führenden Vertreter des „Oppositionsbündnisses“ erschienen bei Janukowitsch. Ihre Forderungen: Bildung einer Übergangsregierung innerhalb von 10 Tagen, Verfassungsreform, spätestens bis Dezember vorgezogene Parlaments- und Präsidentenwahlen. Steinmeier dazu: „Das waren zentrale Forderungen und die haben wir nach harten Verhandlungen – es waren an die 30 Stunden, die wir durch verhandelten – jetzt durchgesetzt. Ich hoffe, dass alle Seiten aus dieser Vereinbarung in den nächsten Tagen Politik machen.“ (16) Lukin hatte die „Vereinbarung“ nicht unterschrieben. Janukowitsch bezeichnete sie bald darauf als Falle, die man ihm gestellt habe.

Steinmeier und die Mitglieder des „Oppositionsbündnisses“ gingen zum Maidan. Die Mitglieder von Swoboda und vom Rechten Sektor

---

15 Junge Welt, 24. Januar 2014

16 [www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik](http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik)

nahmen die durchgesetzten Forderungen als Signal für den Aufbruch. Der Marsch zum Präsidentensitz folgte. Janukowitsch wurde aus dem Amt gejagt. „In außenpolitischen Kreisen der deutschen Hauptstadt gilt die Intervention in der Ukraine ... als Testlauf für eine künftige deutsch-europäische Weltpolitik“, schrieb „German Foreign Policy“. (17) In verschiedenen Medien wurde die deutsche Führungsrolle und die Führungsqualität von SPD-Außenminister Steinmeier beim Putsch in der Ukraine besonders hervorgehoben. „Die Ukraine hat gezeigt“, so „Der Tagesspiegel“, „was deutsche Diplomatie erreichen kann, wenn sie selbstbewusst auftritt. Endlich kann man sich vorstellen, was sich die Große Koalition unter einer ‚aktiveren deutschen Rolle in der Welt‘ vorstellt.“ (18) Die „Zeit“ kommentierte: „Im Konflikt mit Russland zeigt sich Europas neue Macht.“ (19)

Allerdings hatte Steinmeier, der, nachdem Janukowitsch erpresst worden war, sagte, er hoffe, „dass alle Seiten aus dieser Vereinbarung in den nächsten Tagen Politik machen“ würden, die Rechnung ohne die USA gemacht. Deren Instrukteure vor Ort hatten schon die Zusammensetzung der Übergangsregierung festgelegt. Im Staatsstreich wurde, ohne die von der Verfassung vorgeschriebene Mindestzahl an Stimmen einzuhalten, von schnell zusammengerufenen Abgeordneten des Parlaments die gewählte und international anerkannte Regierung gestürzt und eine Putschistenregierung installiert. Der Parlamentspräsident war vorher krankenhaushausreif geschlagen worden.

Der Mann der USA, Jazenjuk, wurde Chef einer „Übergangsregierung“. Er ist Vorsitzender von Timoschenkos Vaterlandspartei. Seine schnell gelöschte Webseite hatte ihn als Politiker ausgewiesen, der über seine Stiftung „Open Ukraine Foundation“ eng mit ukrainischen Oligarchen sowie US-amerikanischen und NATO-Institutionen vernetzt ist. Eng verbunden ist er mit dem US-Außenministerium, mit US-amerikanischen Stiftungen und Konzernen, darunter Rockefeller. Als Verfechter eines NATO-Beitritts seines Landes hatte er sich besonders 2008 gemeinsam mit Timo-

---

17 German Foreign Policy, 24. Februar 2014

18 Der Tagesspiegel, 21. März 2014

19 [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 20. März 2014

schenko für den NATO-Beitritt engagiert. Er ist mit der NATO, speziell mit ihrem „Information and Documentation Centre“ verbunden. Mitglieder der alten Regierung wurden in die „Übergangsregierung“ nicht aufgenommen.

Die EU erreichte, dass unmittelbar nach dem Putsch der politische Teil des Assoziierungsabkommens, das auch die Integration in die militärischen Strukturen der EU einschließt, unterzeichnet wurde. Ihr Mann Klitschko hatte seine Schuldigkeit getan.

Dieser Putsch war auch ein Akt der Rache für die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, was nicht zuletzt über den Charakter dieses imperialistischen Staatenbundes spricht.

### **Faschisten an Schalthebeln der Macht**

Das Springer-Blatt „Die Welt“ gab sich in seiner Aufmachung am 21. Februar 2014 gespielt verwundert: „Nationalistische Antisemiten regieren in Kiew mit. Prügel, Judenhass, Ausländerhass. Die Partei Swoboda ist in Kiews Übergangsregierung und gibt sich scheinbar pro-europäisch.“ Die „Berliner Zeitung“ kommentiert am gleichen Tag, es sei eine Regierung ernannt worden, „die westukrainische Ultranationalisten einschließt und den gesamten östlichen Teil ausschließt.“

**In Kiew wurde ein Regime an die Macht gebracht, in dem radikalnationalistische, antirussische und faschistische Kräfte eine maßgebliche Rolle spielen.**

*Turtschynow* als „Präsident“ und *Jazenjuk* als „Ministerpräsident“ der bürgerlich-faschistischen „Übergangsregierung“, sind treue Gefolgsleute der USA. Ihnen zur Seite stehen Experten der CIA. *Turtschynow* war von 2007 bis 2011 für die Geheimdienste der Ukraine verantwortlich. „bild.de“ gab später zu, dass „die Kiewer Regierung von Dutzenden Spezialisten des US-Geheimdienstes CIA und der US-Bundespolizei FBI beraten“ werde. (20)

*Zu Jazenjuks Team gehören vier faschistische Swoboda-Mitglieder. Der stellvertretende Chef von Swoboda, Sytsch, ist Vizepremier. Schwai-ka ist Ressortchefs für Landwirtschaft und Umwelt. Parubij, der von*

---

20 [www.bild.de](http://www.bild.de) , 4. Mai 2014

Swoboda zur Vaterlandspartei wechselte, ist *Vorsitzender des „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates“*. Er fordert „einen reinrassigen Staat“. Der Rechtsextremist Bulatow ist *Minister für Jugend und Sport*. *Generalstaatsanwalt* wurde Machnitzki, auch ein Swoboda-Mann.

In vier Gebieten der Westukraine und in den Gebieten Poltawa und Kirowograd ist der Gouverneur ein Swoboda-Vertreter. (21)

*Swoboda-Chef Tjagnibok* sah nach dem Putsch die Stunde zum Kampf gegen die „russisch-jüdische Mafia“ gekommen, die aus seiner Sicht „die Ukraine beherrscht“. Schon Jahre zuvor hatte er an seine Anhänger appelliert: „Schnappt Euch die Gewehre, bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten.“ (22) *Jarosch*, Chef des inzwischen als Partei operierenden „Rechten Sektors“, ist Stellvertretender Vorsitzender des „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates“. Er kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen.

Die *Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)* dient Swoboda als Vorbild. Die OUN, von Stepan Bandera geführt, war eine faschistische Organisation, die in den 1940er Jahren an der Seite der Hitler-Wehrmacht Zehntausende Juden und Polen meuchelte.

Noch am 13.12.2012 hatte das EU-Parlament erklärt, diese Partei habe in den vergangenen Jahren „rassistische, antisemitische und ausländerfeindliche Auffassungen“ verbreitet. Nach dem mit Swoboda-Unterstützung erzielten EU-Erfolg in Kiew war aus Strasbourg über das früher gefällte Urteil kein Ton mehr zu hören. Der BND hat, wie freigegebene CIA-Dokumente belegen, mit Bandera und seinen Leuten kooperiert. In den CIA-Akten wird gesagt, „dass kein anderer westlicher Geheimdienst so lange wie der BND die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in München unterstützt und so viel Macht eingeräumt hat.“ München war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Sammelpunkte der ukrainischen Faschisten. Bandera wirkte dort bis zu seinem Tode 1959. (23)

Die Bundesregierung negiert den faschistischen Charakter der „Swoboda“- Partei. Im Bundestag führte der Staatsminister im

---

21 Marxistische Blätter, 3/2014

22 Berliner Zeitung, 10. März 2014

23 German Foreign Policy Newsletter, 2. Mai 2014

Auswärtigen Amt, Michael Roth, aus, dass es sich bei Swoboda „um eine rechtspopulistische und nationalistische Partei handelt, aber um keine faschistische“. (24) Die den Grünen nahestehende „Heinrich Böll Stiftung meinte, der vom Maidan verursachte Machtwechsel sei ein „demokratischer Vorgang“. Der Kiewer Euro - Maidan sei „keine extremistische, sondern eine freiheitliche Massenbewegung. Die starke Betonung der Beteiligung rechtsextremer Randgruppen an den Protesten in einigen internationalen Medienberichten ist ungerechtfertigt und irreführend.“ Wer von Faschisten oder Rechts-extremisten berichte sei als „Sprachrohr von Putins Propagandamaschinerie verpönt.“ (25) Die USA, die EU und die deutsche Bundesregierung rehabilitieren mit ihrer Politik, mit ihrem Paktieren faktisch den Faschismus. Vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden den Putschisten in Kiew „Kredithilfen“ in Höhe von über 12 Milliarden Euro zugesagt.

Am 18. März 2014 nahm Präsident Putin in einer Rede zu den Vorgängen in der Ukraine Stellung. Zu den Protesten gegen die Politik der Janukowitsch-Regierung und dem Putsch führte er u. a. aus: „Ich kann die gut verstehen, die unter friedlichen Losungen auf den Maidan gingen, um gegen Korruption, ineffiziente Staatsführung und Armut zu protestieren. Das Recht auf friedliche Proteste, auf demokratische Prozesse und Wahlen existiert ja gerade dazu, um eine Regierung abzuwählen, die den Menschen missfällt. Aber jene, die hinter den jüngsten Ereignissen in der Ukraine standen, verfolgen andere Ziele: Sie bereiteten einen Staatsstreich vor, wollten die Macht ergreifen und machten vor nichts Halt. Es kam zu Schießereien und Terror, zu Morden und Pogromen. Die Hauptakteure des Umsturzes waren Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten. Sie bestimmen in vieler Hinsicht bis heute das Leben in der Ukraine.“ (26)

## **Terror regiert**

Nachdem die Putschisten in Kiew die Macht übernommen und ihre Exponenten erste Drohungen gegen Andersdenkende artikuliert

---

24 [www.bundestag.de/blob/195968](http://www.bundestag.de/blob/195968)

25 [www.boell.de/euromaidan](http://www.boell.de/euromaidan)

26 Junge Welt, 19. März 2014

hatten so z.B. die Aufhebung des Verbots faschistischer Propaganda, Annullierung der Zulassung der russischen Sprache als zweite Amtssprache (in diesem Punkt piffen die „Berater“ die Putschisten jedoch erst einmal zurück) regte sich vor allem auf der Krim sowie im Osten und Süd-Osten des Landes Widerstand gegen das Regime. Die nach Tradition und Sprache vorwiegend russische Bevölkerung dieser Regionen wollte nicht von Ultrationalisten und Faschisten, die aus ihrer Russophobie keinen Hehl machten, regiert werden. Forderungen nach Föderalisierung des Landes und Selbstbestimmung, nach Teilnahme an der Ausarbeitung der versprochenen, neuen Verfassung wurden gestellt. In der autonomen Republik Krim entschied sich die große Mehrheit der Bevölkerung unter Wahrnehmung des völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstbestimmung in einem Referendum für einen Anschluss an die Russische Föderation. Referenden fanden im Donbass statt, wo die Bevölkerung sich mehrheitlich für Föderalisierung und Selbstbestimmung entschied. Diesen Problemen begegnete das neue Regime mit Gewalt und Terror.

In Kiew besetzten faschistische Schlägertrupps das Gebäude des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine. Das Eigentum der Partei wurde geplündert und im Gebäude Brandstiftung verübt. Funktionäre der KPU werden verfolgt. Büros der Kommunistischen Partei in anderen Städten wie auch Büros der ehemaligen Regierungspartei wurden überfallen. In der ersten Mai-Woche wurde die Fraktion der Kommunistischen Partei – unter Verletzung der Normen der Verfassung und des Reglements des Parlaments (der Rada) – von der Teilnahme an der Plenarsitzung des Parlaments ausgeschlossen. Die Sitzung beriet über den militärischen Einsatz gegen die für Autonomie und Selbstbestimmung eintretende Widerstandsbewegung im Donbass.

Mitte Mai forderte Turtschinow das Verbot der KPU. Er wirft ihr „Separatismus“ und „Terrorismus“ vor. Im westukrainischen Galizien ist die Partei bereits in vielen Kommunen verboten. Auf den Vorsitzenden der Partei Simonenko wurde nach einer Fernsehdebatte ein Anschlag verübt.

Wichtig waren dem neuen Regime die Gleichschaltung der Medien und vor allem die Ausschaltung russischer Fernsehkanäle. Abge-

ordnete der „Swoboda“- Partei drangen beispielsweise in das Büro des Direktors des staatlichen ukrainischen Fernsehsenders NTKU ein. Unter Prügeln und Beleidigungen wurde der Fernseh-Chef zum Rücktritt gezwungen. Die Swoboda-Programmatik sieht vor, allen Medien die Lizenz zu entziehen, die „anti-ukrainische Propaganda verbreiten“. (27) Faschistische Gruppen, die sich „Wolhynische Sturm-Hundertschaft“, „Bataillon Dnepr“ oder „Stab der Nationalen Verteidigung“ nennen, ziehen terrorisierend durchs Land.

Vor allem in der westlichen Ukraine wurden von faschistischen Mardodeuren Lenin-Denkmäler und Gedenkstätten, die an die Befreiung vom Faschismus erinnern, geschleift. „Bild“ und „BZ“ fühlten sich offenbar durch diese Vandalen-Akte derart angeregt, dass sie mit einer Bundestags-Petition die Demontage des sowjetischen Ehrenmals am Brandenburger Tor erreichen wollten.

Das einseitig auf westliche Interessen fixierte Regime in Kiew war nicht in der Lage die Konfliktsituation zu deeskalieren. Im Gegenteil - statt Verhandlungen wurde auf weitere Gewalt gesetzt.

Mitte März beschloss die Putschistenregierung die Bildung einer sogenannten Nationalgarde. Sie soll zunächst aus 60.000 Mann bestehen. In ihr wurden auch Mitglieder der „Selbstverteidigungsgruppen“ vom Maidan aufgenommen. Das sind Leute von Swoboda und vom „Rechten Sektor“. Die Nationalgarde soll „die Sicherheit des Staates garantieren und Terrorgruppen ausschalten“, sagte der Chef des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Parabij. (28)

Am 12. April traf CIA-Direktor Bennis in Kiew ein. „Ein Mann, der an allen Fronten kämpfen kann“, wie Obama sagt. Wenige Tage später wurden Kampfverbände, darunter Kräfte des „Rechten Sektors“ in den Osten der Ukraine verlegt, um gegen „Terroristen“ und „Separatisten“ vorzugehen. Die so Diffamierten sind Angehörige der Widerstandsbewegung, die im Osten und Südosten des Landes in Opposition zu der von Faschisten durchgesetzten „Übergangsregierung“ stehen. Mit über 100 schweren Panzern, über 200 Schützenpanzerwagen und Raketenwerfern wurden die Bürgerkriegs-Operationen gegen das eigene Volk eröffnet. Sie richteten sich zu-

---

27 German Foreign Policy Newsletter, 21. März 2014

28 ARD, 13. März 2014



nächst gegen Slowjansk. Örtliche Polizei und Angehörige des Geheimdienstes verweigerten dort - wie auch in anderen Städten - die Bürgerkriegsaktionen gegen die Bevölkerung. „bild.de“ gestand am 11. Mai ein, dass „aufseiten der ukrainischen Armee 400 Elitekämpfer der privaten US-Sicherheitsfirma Academi (vormals Blackwater) operieren.“ Als „Guerillakämpfer“ beteiligen sie sich aktiv an den Aktionen gegen die Aufständischen. US-Regierungssprecher Carney erteilte den Kiewer Putschisten eine Blanko-Vollmacht für den Mordfeldzug: Die „Regierung“ habe das „Recht und die Verantwortung, Recht und Ordnung herzustellen.“ (29)

Auch die stellvertretende deutsche Regierungssprecherin rechtfertigte den Einsatz. Sie behauptete, die in der Ostukraine aktiven bewaffneten Gruppen erhielten Unterstützung von Russland. Steinmeiers Staatssekretär Ederer ergänzte, „Vorgehen und Ausrüstung“ der Selbstverteidigungskräfte deuteten „auf eine Unterstützung staatlicher Stellen Dritter“ hin. (30)

Lawrow's Vorschlag, Verhandlungen zwischen Vertretern der Widerstandsbewegung und Kiews aufzunehmen, wurden von „Übergangspräsident“ Jazenjuk abgelehnt. Mit ihrem Bürgerkrieg soll Russland offenbar zum direkten Eingreifen provoziert werden.

Zunächst gerieten die Putschisten in ein Dilemma. Einfluss und Stärke der Kräfte der Selbstverteidigung waren nicht einkalkuliert. Föderalisten kontrollierten mehr als ein Dutzend Städte. Kiew gestand, man habe die Kontrolle über den Osten des Landes verloren. Turtschinow wetterte, Polizei und Geheimdienste erfüllten nicht ihre Pflicht. Viele arbeiteten mit den Föderalisten zusammen und übten Verrat. (31)

Zu einem furchtbaren Massaker kam es am 2. Mai in Odessa. Anlässlich eines Fußballspiels führten Hooligans und Angehörige des Rechten Sektors einen Marsch „Für die Einheit der Ukraine“ durch. Sie waren mit der Bahn und in Bussen aus verschiedenen Städten nach Odessa geschafft worden, erklärte die ukrainische linke Gruppe „Borotba“. Ausgerüstet mit Helmen, Schildern und Infanterie- sowie anderen Waffen marschierten sie nicht etwa zum Stadion,

---

29 Neues Deutschland, 15. April 2014

30 ebenda

31 Berliner Zeitung, 2. April 2014

sondern begannen Bürgerinnen und Bürger, „Gegner der Kiewer Junta“, die sich ihnen entgegenstellten, zu terrorisieren. Die Angehörigen der Kampfgruppen zogen zum Zeltlager der Gegner der Junta und steckten es in Brand. Die Überfallenen suchten daraufhin Sicherheit im nahegelegenen Gewerkschaftshaus. „In ihrem Versuch, die Bürger von Odessa ‚fertigzumachen‘, setzten die Ultra-rechten das Erdgeschoß des Gewerkschaftshauses in Brand. Das Feuer breitete sich rasch aus.“ Zahlreiche Widerständler wurden in dem Gebäude lebendig verbrannt. Weitere erstickten an den Rauchgasen. Andere, die aus Fenstern sprangen, wurden von dem faschistischen Mob getötet oder zu Krüppeln geschlagen. (32) Zunächst wurde von 46 Opfern und 214 Verletzten gesprochen. Später wurde von einer höheren Zahl der Todesopfer ausgegangen.

Der deutsche Fernsehzuschauer, Hörer oder Leser wurde in typischer Manipulationsabsicht am Tag nach dem Massenmord in Odessa beispielsweise in der „Tagesschau“ mit folgender Berichterstattung „versorgt: „Nach Auseinandersetzungen war in Odessa ein Gewerkschaftsgebäude in Flammen aufgegangen, weil Brandbomben durch die Fenster geworfen worden waren. Wer genau dafür verantwortlich ist, ist unklar. Auch Außenminister Steinmeier beteiligte sich an der Verdummung der Öffentlichkeit. Vier Tage nach dem Massaker wählte er diese empörende Darstellung: „In Odessa starben am vergangenen Freitag mehr als 40 Personen beim Brand eines Hauses, in das sich eine von zwei aufeinander einprügelnden Gruppierungen geflüchtet hatte.“ (33) Die Webseite der „Deutschen Welle“ sprach von einem „Brandherd am Schwarzen Meer“. (34)

Der russische Außenminister Lawrow erklärte: „Seit vielen Jahren setzt man sich in Europa darüber hinweg, wie diese Ideologie neue Anhänger gewinnt, wie ihre Propagandisten Märsche zu Ehren ehemaliger SS-Schergen organisieren, die vom Nürnberger Tribunal als Verbrecher anerkannt wurden. Das aber, was jetzt vor sich geht, sind nicht mehr bloß Märsche mit Losungen, mit denen Naziverbrecher glorifiziert werden, das ist bereits Faschismus pur.“ (35)

---

32 Junge Welt, Junge Welt, 5. Mai 2014

33 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Mai 2014

34 Deutsche Welle, 6. Mai 2014

35 Junge Welt, 8. Mai 2014

Wenige Tage nach dem Massaker in Odessa wurde auch in Mariupol ein Mordanschlag gegen Aufständische verübt, die das Polizeipräsidium der Stadt besetzt hatten. Wie nach dem Odessaer Szenarium wurde ein Gebäude in Brand gesteckt. Wieder starben in den Flammen Menschen. Bis zu 30 Tote wurden gezählt. Der „Innenminister“ der Kiewer Junta sprach von „20 Terroristen“, die „liquidiert“ worden seien. (36)

Faschistische Propaganda, die sich in rassistischer Russophobie äußert, wird in einer in Kiew eröffneten Ausstellung betrieben. In einem Objekt „Vorsicht Russen!“ soll in abscheulicher Weise das Bild verkommener, aggressiver, schmutziger Russen vermittelt werden, die in einem Käfig eingesperrt sind. Die Aufschrift am Käfig lautet: „Nicht füttern!“ Nach bekanntem Nazi-Vorbild wird die angebliche Entmenschlichung des russischen Menschen, seine Herabsetzung zum Untermenschen, ja zum Tier vorgeführt!

In der andauernden faschistischen Hasspropaganda setzte die von deutschen Politikern und Massenmedien umhete ukrainische Militärdarin Timoschenko eine Spitzmarke. Die Oligarchin unterstellte Putin nicht nur „gefilterten Faschismus“ und die Absicht einer „Neuzeichnung von Weltkarten durch Kriege, Massenmord und Blut“, entsprechend dem Programm von „Mein Kampf“. In einem mitgeschnittenen Telefongespräch mit dem Rada - Abgeordneten Schufritsch proklamierte sie diese Kampfansage gegen Putin und die Russen: „Ich bin selbst bereit, zur Maschinenpistole zu greifen und diesem Dreckstück in die Stirn zu schießen. Die verdammten Russen gehören kaltgestellt, zusammen mit ihrem Anführer.“ Sie werde „die ganze Welt mobilisieren“, damit „von diesem Russland nicht mal mehr ein verbranntes Feld übrigbleibt... Verdammt, die muss man mit Atomwaffen erschießen.“ (37)

Timoschenko kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Im Februar war sie von der CSU für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden.

---

36 Junge Welt, 10./11. Mai 2014

37 Berliner Zeitung, 26. März 2014

## Selbstbestimmungsrecht für die Krim

Eine bürgerlich-faschistische Regierung war in Kiew installiert worden. „Die Welt“ hatte treffend charakterisiert, dass „nationalistische Antisemiten“ mitregierten. „Dass Prügel, Judenhass, Ausländerhass“ auf der Tagesordnung stünden. Im Programm der Faschisten stand die Errichtung eines „reinrassigen Staates.“

Diese explosive politische Lage in der Ukraine veranlasste Krim-Premier Aksjonow, Russland um Hilfe zu ersuchen, um Frieden und Sicherheit der Menschen auf dem Territorium der Autonomen Republik zu gewährleisten. Die terroristischen Umtriebe des faschistischen Mobs nahmen zu. Die Putschisten an der Macht hoben das bestehende Verbot einer Verbreitung faschistischer Literatur auf. Zugleich formulierten sie eine Gesetzesvorlage, wonach die russische Sprache bei Amtsgeschäften in den mehrheitlich russischsprachigen Regionen des verboten werden sollte. Offenbar auf Geheiß ihrer westlichen Berater wurde die Vorlage jedoch zurückgezogen.

Angesichts dieser Entwicklung beschloss am 2. März das Parlament der autonomen Republik Krim ein Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation. Mehr als 91 Prozent stimmten für den Beitritt. Von den 2,3 Millionen Einwohnern der Krim sind 1,5 Millionen Russen. Am 18. März wurde der Vertrag zwischen der Russischen Föderation und der Republik Krim über die Eingliederung in die Föderation unterzeichnet.

In Washington, Berlin, in EU und NATO-Zentrale überschlugen sich Proteste und Anfeindungen gegen Russland. Einen Tag nach dem Referendum auf der Krim verhängten USA und EU Sanktionen gegen Russland. Moskau wurde aus dem Kreis der G-8-Staaten ausgeschlossen. Obama lud zu einem Sondertreffen der G-7-Runde nach London ein. Der für Juni geplante EU-Russland-Gipfel wurde abgesagt.

US-Außenminister Kerry drohte, wenn Moskau nicht „größte Zurückhaltung“ übe, sei das „Ende der Diplomatie“ gekommen. BRD-Kanzlerin Merkel setzte nach: „Das Vorgehen auf der Krim ist eine Annexion, die man Russland nicht durchgehen lassen kann.“ Im Übrigen lebe Putin in einer anderen Welt. Er habe „den Bezug zur Realität verloren.“ Und: „Russland setzt das Recht des Stärkeren

gegen die Stärke des Rechts.“ (38) Sie sieht einen Verstoß gegen die Nachkriegsordnung. Ihr Vize Gabriel fügte hinzu: “Aus europäischer Sicht verstößt das russische Vorgehen auf der Krim schlicht gegen das Völkerrecht.“ (39) BRD-Außenminister Steinmeier kündigt weitere Sanktionen gegen Moskau an.

Gespielte Empörung wurde am lautesten von jenen vorgetragen, die Völkerrechtsbrüche en masse und blutige Interventionskriege begangen oder gerechtfertigt haben – gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Iran, um nur einige zu nennen.

Russlands Präsident Wladimir Putin nahm in der schon erwähnten Rede vom 18. März zu der Aufnahme der Krim in die Russische Föderation Stellung. Wir zitieren daraus: Er verwies zunächst darauf, dass Nationalisten, Neonazis, Russophobe und Antisemiten in vieler Hinsicht das Leben in der Ukraine bestimmten. „An erster Stelle stand dabei – natürlich – die russischsprachige Krim. Deswegen wandten sich die Einwohner der Krim und Sewastopols an Russland mit der Aufforderung, ihre Rechte und ihr Leben zu verteidigen... Es versteht sich, dass wir diese Bitte nicht abschlagen konnten, dass wir die Krim wie ihre Bewohner nicht in ihrer bedrängten Lage lassen konnten, alles andere wäre Verrat gewesen.

Vor allem musste Hilfe geleistet werden, Bedingungen für eine friedliche, freie Willensbekundung zu schaffen, dafür, dass die Krim-Bewohner zum ersten Mal in der Geschichte ihr Schicksal bestimmen konnten. Was hören wir jedoch jetzt von unseren Kollegen in Westeuropa und aus Nordamerika? Sie sagen uns, wir brächen die Normen des Völkerrechts. Erstens ist es gut, dass sie sich daran erinnern, dass es das Völkerrecht gibt, und – Dank dafür, lieber spät als niemals.

Und zweitens und am wichtigsten: Was sollen wir verletzt haben? Ja; der Präsident der Russischen Föderation erhielt vom Oberhaus des Parlaments das Recht, bewaffnete Kräfte in der Ukraine einzusetzen. Aber dieses Recht hat er bis jetzt nicht genutzt. Bewaffnete Kräfte Russlands sind nicht in die Krim einmarschiert. Sie waren dort schon und befanden sich dort in Übereinstimmung mit einem völkerrechtlichen Vertrag. Ja, wir haben unsere Gruppierung dort

---

38 Berliner Zeitung 12. März 2014, Berliner Zeitung 14. März 2014

39 Der Spiegel, 11/2014

verstärkt, aber überschritten nicht die festgelegte Zahl – ich möchte das unterstreichen, damit es alle hören und wissen – unserer bewaffneten Kräfte auf der Krim, die auf 25.000 Menschen festgelegt ist, dafür gab es einfach keine Notwendigkeit...

Ich ziehe mich nicht gern auf Zitate zurück, kann mich aber nicht enthalten, einem offiziellen Dokument noch eine Passage zu entnehmen, diesmal aus einem Memorandum der USA vom 17. April 2009, das eben diesem Internationalen Gerichtshof zur Kosovo-Anhörung übergeben wurde. Ich zitiere erneut: ‚Unabhängigkeitserklärungen können, so oft es auch geschieht, die innere Gesetzgebung verletzen. Das bedeutet aber nicht, dass damit eine Verletzung des Völkerrechts geschieht.‘ Ende des Zitats...Warum ist das, was Albanern im Kosovo (und wir verhalten uns ihnen gegenüber mit Respekt) möglich ist, Russen, Ukrainern und Krimtataren auf der Krim verboten?“ (40)

Zweifellos waren durch die Ereignisse in Kiew die strategischen Interessen Russlands im Schwarzen Meer unmittelbar bedroht. Ohne Beitritt der Krim zur Russischen Föderation wäre, wie Putin in seiner Rede sagte, die NATO-Flotte in Sewastopol plötzlich präsent gewesen. „Was eine nicht nebulöse, sondern eine ganz konkrete Gefahr für den gesamten Süden Russlands bedeutet hätte.“ (41)

Bekanntlich schließt der politische Teil des von den Kiewer Putschisten unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU die Integration in deren militärische Strukturen ein. Sewastopol als Schwarzmeerhafen der russischen Flotte wäre in Frage gestellt und ihr Zugang ins Mittelmeer von der NATO leicht zu blockieren gewesen.

Putin hat später erklärt, wenn Russland auf der Krim nicht rechtzeitig eingeschritten wäre, hätte es dort ein ähnliches Chaos wie im Raum Donezk und Lugansk gegeben. „Wir haben eine solche Tragödie abgewendet.“ (42)

Der Publizist Jürgen Todenhöfer, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, antwortete übrigens in einem Interview auf die Behauptung des „Handelsblattes“, die USA hätten sich „nie fremdes

---

40 Junge Welt, 19. März 2014

41 ebenda

42 Junge Welt, 24./25. Mai 2014

Territorium einverleibt“: „Nie? Sie haben sich nach 1845 Texas, Kalifornien, New Mexiko, Arizona, Nevada, Utah, Teile von Kansas, Colorado, Wyoming, Hawaii und Puerto Rico einverleibt.“ Todenhöfer bezeichnete die kürzlich gehaltene Rede Obamas in Brüssel als die „zynischste Rede“, die er jemals von einem US-Präsidenten gehört habe. „Er behauptete“, so Todenhöfer, „der Krieg gegen den Irak sei weniger schlimm gewesen als die Annexion der Krim durch Russland. Schließlich hätten die USA den Irak ja wieder zurückgegeben. Obama hat dabei unterschlagen, dass im Irak mehr als eine halbe Million Iraker getötet wurden und das Land seither traumatisiert ist.“ (43) An anderer Stelle stellte Todenhöfer über den Annexionismus der USA fest: „Die marschierten in den letzten 100 Jahren über ein Dutzend Mal in andere Länder ein, nachdem das jeweilige ‚Volk‘ sie darum gebeten hatte – das oft nur aus einer Handvoll gut bezahlter Agenten bestand.“ (44)

### **Kontinuität im Feindbild**

Rassistischer Russenhass und Bedrohungslüge erweisen sich in verschiedenen Geschichtsetappen des vergangenen Jahrhunderts als untrennbare Bestandteile der imperialistischen Strategie. Sie dienten den 14 imperialistischen Mächten bei ihrer Intervention gegen das junge Sowjetrußland. Während der Weimarer Republik begleiteten sie 1926 im Locarno die Verweigerung einer Garantie der europäischen Ostgrenzen durch die Westmächte. Bei der in Hitlers „Mein Kampf“ zum Programm erhobenen Liquidierung der Arbeiterbewegung und der Sowjetunion. Adenauer und seine Partei erkoren den Antikommunismus zur Staatsdoktrin, was die Bedrohungslüge einschloss. Mit ihrer Hilfe wurde der Widerstand in der BRD gegen die Remilitarisierung des Landes gebrochen. In den 1950er Jahren hieß es, die Rote Armee wolle Westeuropa okkupieren. Ihre Panzer würden bis zum Atlantik vorstoßen.

Rassistischer Russenhass und Bedrohungslüge haben in der von USA, NATO und EU verursachten Ukraine-Krise wiederum Hochkonjunktur. Militärische Sicherungsmaßnahmen Russlands und die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation werden von den

---

43 Handelsblatt, 3. April 2014

44 Todenhöfer, Facebook

Westmächten und ihren Kiewer Hilfswilligen zum Anlass genommen, mit einer Flut antirussischer Verleumdungen Völkerverhetzung zu betreiben. Politiker und Massenmedien entwickelten eine Dauerkampagne, in der bekannte Stereotype belebt und übelste Ressentiments aktiviert werden.

Der Spitzenkandidat der konservativen EVP, Juncker, führte seinen Wahlkampf zu den sogenannten Europa-Wahlen u. a. mit der auf Russland gemünzten Losung, die Vorgänge in der Ukraine bedrohten die gesamte EU, nicht nur osteuropäische Mitgliedsstaaten. (45) Aus der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, einem Leitorgan deutscher Medien, blickte Mitte März eine, älteren Lesern aus früheren Zeiten bekannte, stilisierte Bestie an, der jüdisch-bolschewistische Untermensch, mit Hammer und Sichel auf der Uniformmütze. Die dazugehörige Schlagzeile: „Moskau nimmt Ukraine in die Zange.“ (46) Die Antibolschewisten in der Weimarer Republik hatten dieses Motiv erfunden. Im „Stürmer“ der Nazis war es gängig. Adenauers CDU gebrauchte es 1953 im Bundestagswahlkampf. Der hetzerische Slogan lautete damals: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau – Darum CDU“. 1973 übernahm es die NPD im Kampf gegen die Ostverträge mit der Parole „Verzicht ist Verrat – Wehrt Euch gegen die Rote Gefahr“ (47)

Der Russenhasse war in den vergangenen Jahren auf das russische Staatsoberhaupt Wladimir Putin konzentriert worden. Nun wurde eine regelrechte Hassorgie gegen ihn veranstaltet, die Morddrohungen einschloss.

Deutsche Politiker und Massenmedien zeigten sich von Timoschenkos Hassausbruch keineswegs überrascht, geschweige denn empört. Die westliche „Wertegemeinschaft“ schwieg und bekundete auf diese Weise wohl Übereinstimmung. Die jüngste Nachahmung regierungsamtlichen Russenhasses durch den BRD-Finanzminister Schäuble wird schon als politisch übliche Meinungsäußerung in führenden Massenmedien gemeldet. Schäuble hatte zur Aufnahme der Krim in die Russische Föderation den ungeheuerlichen Vergleich in die Welt gesetzt: „Solche Methoden hat schon der Führer

---

45 Junge Welt, 28. April 2014

46 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16. März 2014

47 Junge Welt, 17. März 2014



im Sudetenland übernommen.“ (48) Sein CSU-Kollege Posselt gab ähnlich Laut: „Putin ist ein größtenwahnsinniger Tyrann.“ (49)

Deutsche Massenmedien verleumdten den russischen Präsidenten, er führe einen „unerklärten Krieg“. Oder: Er vertrete einen „lupenreinen Faschismus.“ (50)

Frau Merkel versuchte es auf moderate Weise. „Der Spiegel“ berichtete, wie sie im CDU-Präsidium die Welt aus der Sicht Putins zeichnet: „Das nachsowjetische Russland ist wie ein Schuljunge, der sich bemüht, Anschluss an die Klasse zu finden, an den Westen, an Moderne und Demokratie. Und der sich dann, als das nicht gelingt, in Verweigerung und Kraftmeierei flüchtet. Merkel ist überzeugt, dass man diesem Wladimir Putin nur mit Klarheit und Härte begegnen kann. Wer keinen Widerstand leistet, hat verloren.“ (51)

Eine der Ursachen des gegenwärtigen rassistischen Russenhasses – außer den geopolitischen Zielen – hatte vor zwei Jahren Werner Pirker in der „Jungen Welt“ genannt: „Putin stoppte die Privatisierung der Staatsmacht, entfernte die Oligarchen von ihren politischen Machtpositionen... Putin, der die Zeiten der Wirren beendete, das große Land von einem Spielball der Westmächte wieder zu einem würdigen Subjekt der Weltgeschichte machte, sah sich wie gehabt dem Vorwurf ausgesetzt, kein ‚lupenreiner‘, ja überhaupt kein Demokrat zu sein.“ (52)

### **Kriegshysterie wird geschürt**

69 Jahre sind seit der Befreiung Europas von faschistischer Barbarei vergangen. Entscheidenden Anteil an diesem Befreiungskampf hatte die Sowjetunion. 27 Millionen Sowjetbürger wurden Opfer des deutschen Vernichtungskrieges. 69 Jahre nach der Befreiung wagt es der sogenannte Ministerpräsident der Kiewer „Übergangsregierung“ Jazenjuk in die Welt hinauszuschreien: „Russland will den Dritten Weltkrieg.“ (53) Jazenjuk, der gegen das eigene Volk Krieg

---

48 Berliner Zeitung, 1. April 2014

49 ebenda

50 Junge Welt, 3./4. Mai 2014

51 Der Spiegel, 13/2014

52 Junge Welt, 20. September 2009

53 Der Spiegel, 18/2014

führt, will wohl mit seiner Hasstirade seiner Parteifreundin Timoschenko nicht nachstehen.

Verschwörungstheoretiker waren gefragt. Die CIA, mit der Jazenjuk eng verbunden ist und die bei der Vorbereitung und Durchführung des Umsturzes in der Ukraine ihre Erfahrungen aus „Verdeckten Aktionen“ gegen andere Länder hatte spielen lassen, konstruierte „russische Angriffspläne gegen die Ukraine“. In der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“ erschien eine CIA-Studie, die russische Angriffsziele gegen die Städte Charkow, Donezk und Lugansk in der Ostukraine ausgemacht hatte. Stratfor orakelte, als militärisch naheliegendes Ziel einer russischen Offensive könne die Dnepr-Linie und möglicherweise die gesamte Schwarzmeerküste der Ukraine bis nach Odessa gelten. (54) Der NATO-Oberkommandierende Breedove meinte, russische Truppen könnten quer durch die Ukraine vorstoßen, um Moldawa anzugreifen und Transnistrien zu okkupieren. (55) Polens Außenminister Sikorski steigerte sich in seiner Russophobie zu dem frenetischen Anwurf: „Das Raubtier bekommt beim Fressen Appetit“. (56)

Deutschlands SPD-Vizekanzler Gabriel griff auf Bilder der Antisowjethetze aus den 1950er Jahren zurück. Russland, so verstieg er sich, sei bereit, „Panzer über europäische Grenzen rollen zu lassen.“ Der „alte Geist der nationalistischen Mächtropolitik“ werde durch Russland wieder aus der Flasche gelassen. Bundeskanzlerin Merkel steuerte ihren Sermon bei: „Ein Rückzug des russischen Militärs von der Grenze und eine Mäßigung der russischen Rhetorik...wären schon ein sehr wichtiger Beitrag zur Entschärfung der Lage.“ (57) Die deutsche Bundeskanzlerin forderte Russland auf, „zum internationalen Völkerrecht zurückzukehren.“ (58)

Systematisch geschürte Kriegshysterie rief Ängste in der internationalen Öffentlichkeit hervor. Psychologische Kriegsführung gegen Russland soll die NATO-Expansion als „Verteidigungserfordernis“ rechtfertigen. NATO-Generalsekretär Rasmussen nutzte das geschaffene antirussische Lügengeflecht zu einem „Weckruf für Euro-

---

54 Junge Welt, 29./30. März 2014

55 Junge Welt, 3. April 2014

56 Berliner Zeitung, 11. März 2014

57 Berliner Zeitung, 18. April 2014

58 Berliner Zeitung, 7. März 2014

pa“. US-Vizepräsident Biden beschwor angesichts einer angeblichen „russischen Bedrohung“ den „Ernstfall“, nämlich die Beistandverpflichtung aus Artikel fünf des NATO-Vertrages. US-Strategie Brzezinski forderte Vorbereitungen für ein Eingreifen der NATO. Demonstrativ sollten US-Truppen nach Europa eingeflogen und den ukrainischen Streitkräften „sofortige direkte Hilfe“ zugesagt werden. US-Außenminister Kerry drohte, wenn Russland nicht „große Zurückhaltung“ übe, sei das Ende der Diplomatie gekommen. US-Stabschef Demsey erklärte die Bereitschaft der USA militärisch zu reagieren, wenn ihre NATO-Verbündeten darum ersuchten. Die Chancen einer eventuellen US-Intervention würden gegenwärtig „neu eingeschätzt“. Kriegsbereitschaft wurde wiederholt signalisiert.

In der Sitzung des NATO-Rates am 16. April waren Beschlüsse gefasst worden, die eine Verschärfung des Konfrontationskurses des Interventionsbündnisses zunächst bis zum Jahresende bedeuten. Rasmussen gab bekannt, dass die Beschlüsse „unverzüglich“ umgesetzt würden. Soldaten, Flugzeuge und Schiffe würden in die östlichen NATO-Länder geschickt. „Es werden genug sein, um unsere Bereitschaft zu verbessern und um uns nötigenfalls auf mehr vorzubereiten... Wir werden mehr Flugzeuge in der Luft haben, mehr Schiffe im Wasser, und wir werden auf dem Land eine erhöhte Bereitschaft haben. Falls nötig, werden in den kommenden Wochen und Monaten weitere Maßnahmen folgen“, schwadronierte der Generalsekretär. (59) Von der Leyen hatte sofort dienstefrig mitgeteilt, die Bundeswehr werde von Ende Mai bis Anfang August ein Minenräum-Manöver in der Ostsee leiten. Außerdem würden sich ab September für vier Monate sechs deutsche Kampfflugzeuge an der Luftüberwachung über dem Baltikum, über Polen und Rumänien beteiligen. (60)

Obwohl die russische Regierung verbindlich zusicherte, keine weiteren Gebiete in der Ukraine übernehmen zu wollen, eskalierten militärische Aktivitäten der NATO, vor allem der NATO-Führungsmacht USA. Die USA beorderten Kriegsschiffe ins Schwarze Meer. Zur „Verstärkung der polnischen Luftverteidi-

---

59 Junge Welt, 17. April 2014, Junge Welt, 18. April 2014

60 Der Spiegel, 13/2014

gung“ landeten 12 US-amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F 16 mit 300 Mann vom technischen Personal in Zentralpolen. Zuvor waren sechs US-Jets nach Litauen geschickt worden. Die für Juli geplante gemeinsame USA - Ukraine -Militärübung „Rapid Trident“ wurde auf den Spätsommer verschoben. „Rapid Trident“ soll die „militärische Zusammenarbeit der USA, der NATO und anderer Partnerstaaten verbessern.“ Vor allem gehe es um die Interoperabilität von NATO und der ukrainischen Armee. Außer USA und Ukraine sollen Deutschland, Großbritannien, Kanada, Polen, Bulgarien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldawien an dem Manöver teilnehmen. Eine Heerschau der Provokation.

Zuvor schickt die US-Regierung rund 600 Soldaten nach Polen, Litauen, Lettland und Estland, um an „Militärübungen“ teilzunehmen. Die GI's sollen anschließend in diesen Ländern verbleiben.

Wie schon NATO-Oberkommandierender Breedlove, so betonte auch der stellvertretende US-Sicherheitsberater Rhodes, die NATO-Präsenz in Osteuropa müsse verstärkt werden. Die NATO solle näher an die Grenze Russlands vorrücken. Von der Leyen blies ins gleiche Horn: „Jetzt ist für die Bündnispartner an den Außengrenzen wichtig, dass die NATO Präsenz zeigt.“ (61) Obama und Rasmussen forderten die europäischen NATO-Mitglieder eindringlich auf, ihre Militärausgaben zu erhöhen.

Vor dem Warschau-Besuch Obamas hatte Rasmussen Russland vorgeworfen, „die Stabilität und Sicherheit der gesamten euro-atlantischen Region zu bedrohen.“ (62) Als Zielsetzung für die nächste Zeit gab der NATO-Generalsekretär die Parole aus: „fitter, fixer und flexibler.“ (63)

Spitzenpolitiker Polens hatten mit militanter Rhetorik das Kriegsgeschrei weiter angeheizt. Außenminister Sikorski hatte zwei NATO-Brigaden „zum Schutz gegen die Bedrohung“ gefordert. (64) Polens Präsident Komorowski trat dafür ein, dass „im großen Rahmen eine NATO-Infrastruktur aufgebaut wird.“ Die Errichtung des NATO-

---

61 ebenda

62 Die Welt, 3. Juni 2014

63 Junge Welt, 4. Juni 2014

64 [http://polen heute.de/polen fuehlt sich bedroht](http://polen.heute.de/polen-fuehlt-sich-bedroht)

Raktenschirms müsse beschleunigt aufgebaut werden. (65) Oppositionsführer Kaczynski verlangte eine stabile polnische Armee, damit bei einem russischen Angriff „ein richtiger Krieg ausbricht und nicht irgend so eine Intervention.“ (66) Derart propagandistisch aufbereitet, drohte Obama in seiner Warschauer Rede Russland mit dem Artikel 5 des NATO-Vertrages. Danach löst der Angriff auf einen Bündnispartner den „Verteidigungsfall“, d.h. den Kriegsfall für den Pakt aus. „Ein Angriff auf einen Verbündeten“ sei „ein Angriff auf alle... Dieser Artikel ist klar“, so Obama. Polen, Balten und Rumänen, die von einer „russischen Bedrohung“ sprächen, versicherte er: „Wir stehen für unsere und eure Freiheit ein.“ Obama will das Wettrüsten ankurbeln. Er versprach eine Milliarde Dollar „in die Sicherheit des östlichen Europa zu investieren“ und zusätzliche US-Truppen für die NATO-Partner bereitzustellen. Die europäischen NATO-Mitglieder forderte er erneut zu höheren Militärausgaben auf. (67)

### **Destruktion und Eskalation als Programm**

USA, Bundesregierung und Kiew haben nach der Genfer Konferenz ihren kontraproduktiven, krisenverschärfenden Kurs nach Genf fortgesetzt. In der Vereinbarung, in der übrigens die „Ostukraine“ überhaupt nicht erwähnt worden war, hieß es u. a.: „Das Treffen in Genf über die Lage in der Ukraine einigte sich auf erste konkrete Schritte zur Deeskalation von Spannungen und Wiederherstellung der Sicherheit für alle Bürger.

Alle Seiten müssen jede Form von Gewalt, Einschüchterung oder provokative Handlungen unterlassen. Die Teilnehmer verurteilen aufs Schärfste alle Formen von Extremismus, Rassismus und religiöser Intoleranz, einschließlich Antisemitismus.

Alle illegalen bewaffneten Gruppen müssen entwaffnet werden. Alle illegal besetzten Gebäude müssen ihren legitimen Eigentümern zurückgegeben werden. Alle illegal besetzten Straßen, Plätze oder andere öffentliche Flächen in den ukrainischen Städten und Ge-

---

65 ebenda

66 Die Welt, 3. Juni 2014, Berliner Zeitung, 5. Juni 2014

67 Junge Welt, 19./20. April 2014

meinden müssen geräumt werden.“ Eine Mission der OSZE soll die Realisierung dieser Vereinbarungen kontrollieren.

Russlands Außenminister Lawrow erklärte zu den Ergebnissen der Genfer Vereinbarungen, sie verfolgten das Ziel, die Sicherheit für alle Bürger der Ukraine wiederherzustellen. „Zudem soll in der Ukraine ein Dialog über eine Verfassungsreform unter Teilnahme von Vertretern aller Regionen beginnen. Die Seiten erkannten die Notwendigkeit an, dass die Krise von den Ukrainern selbst beigelegt werden soll. Das ist das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen.“

Um ihre Missachtung der Vereinbarung zu verschleiern, operierten westliche Politiker und Massenmedien nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ Sie und ihre Kiewer Gefolgsleute dachten überhaupt nicht daran, die Genfer Vereinbarungen zu verwirklichen. Vielmehr wurden immer neue Forderungen an den russischen Präsidenten gerichtet, in der Ukraine für Deeskalation zu sorgen.

Während von russischer Seite wiederholt ein Waffenstillstand gefordert wurde, intensivierte Kiew – entgegen der Genfer Verpflichtung „jede Form von Gewalt zu unterlassen“ – den Bürgerkrieg gegen die Bewegung für Autonomie und Selbstbestimmung in der Ost-Ukraine. Die Armee setzte Kampfflugzeuge und schwere Artillerie gegen Ziele in einigen Städten ein.

Derweil äußerte Obama, Russlands bisherige Haltung im Ukraine-Konflikt gebe keinen Anlass zu großen Hoffnungen.

Während Moskau wiederholt die Durchführung von „Runden Tischen“ unter Beteiligung auch von Vertretern der Widerstandsbewegung aus der Ost-Ukraine vorschlug, lehnte Kiew deren Teilnahme entschieden ab. Zugleich verlieh die Putschistenregierung den auf dem Maidan operierenden, illegal bewaffneten Rechtsextremisten und Ultranationalisten den Kombattantenstatus. Bei den Kämpfen gegen die Widerstandsbewegung sollen, so verlautete aus Kiew, keine Gefangenen gemacht werden.

Die USA unterstellten der russischen Seite eine militärische Ausrüstung der Widerständler. US-Außenminister Kerry drohte mit weiteren Sanktionen, sollte Moskau sich nicht an die Genfer Vereinbarungen halten.

Während Russland die Einrichtung eines „Fluchtkorridors“ für Bewohner der Ost-Ukraine forderte, traf diese Überlegung in Kiew auf taube Ohren. Die Zahl der getöteten Zivilisten erhöhte sich auf mehrere Hundert.

In einem Telefongespräche konstruierten Obama und Merkel eine sich angeblich aus den Genfer Verhandlungen ergebende Verpflichtung für Russland, die Bewegung im Donbass zu „befrieden“.

Während die russische Regierung mit ihren Initiativen darum bemüht war, alles zu tun, dass die Krise von Ukrainern selbst gelöst wird, verhöhnten rechtsextremistische Kräfte in Kiew die in den Genfer Vereinbarungen aufs Schärfste erfolgte Verurteilung von Extremismus und Rassismus. Mit dem Objekt „Vorsicht Russen!“ in einer Kiewer Ausstellung, die das russische Nachbarvolk als „Untermenschen“ verunglimpft, erreichte die im Ukraine-Konflikt grassierende pathologische antirussische Hetze einen neuen Höhepunkt. Obama und Merkel aber drohen, nur durch „sofortige konkrete Schritte“ könne Russland neue Sanktionen vermeiden. So wurden alle konstruktiven Vorschläge Russlands für eine Lösung des Konflikts regelrecht abgeschmettert. Mit der von westlichen Massenmedien praktizierten massiven Verbreitung der Lüge einer „russischen Bedrohung“ der Ukraine, ja Europas, wurde in übelster Weise Kriegshysterie geschürt. Indes wütete in der Ostukraine immer heftiger der von Kiew geführte Bürgerkrieg. Faschistischer Ungeist in der Ukraine nutzte die neuen, mit der „Öffnung nach Europa“ gegebenen Möglichkeiten.

Während eines erneuten Besuchs in Kiew solidarisierte sich US-Vizepräsident Biden, mit den Handlungen der Putschistenregierung. Er versprach Unterstützung für den eingeschlagenen Weg und sagte politische und wirtschaftliche Hilfe zu. Am Rande des Besuchs berieten die Verantwortlichen der „Antiterroroperation“ mit US-amerikanischen „Antiterror-Spezialisten“ über die Einsätze in der Ostukraine. Washington habe die Aktion gelobt, hieß es. (68) Der Kiewer „Vize-Ministerpräsident“ Jarema freute sich über das Ergebnis des Biden-Besuchs: „Wir haben die Zusicherung der USA

erhalten, dass sie uns mit einem Aggressor nicht alleine lassen werden.“ (69)

### **Restauration der Oligarchen**

Am 25. Mai fanden in der Ukraine unter außergewöhnlichen politischen Bedingungen Wahlen für das Präsidentenamt statt. Organisiert von einer Putschregierung. Aus der sich bei der Wahl bewerbenden Gruppe der Oligarchen, die ausnahmslos in die NATO und in die EU drängen, wurde der Chef eines Konzern-Imperiums Petro Poroschenko gewählt. Zu seinem Machtbereich gehört der Süßwarenkonzern Roshen, die Bohdan Corporation, eines der größten PKW- und LKW-Werkes der Ukraine. Er ist außerdem in der Schiffs- und Rüstungsbranche vertreten und verfügt über Medienhäuser, darunter über den Fernsehsender „Kanal 5“. Er „zählt zum Kreis jener superreichen Geschäftsleute, die in den chaotischen 90er Jahren in der Ukraine die Konkursmasse der Sowjetunion unter sich aufteilten.“ (70) Sein Vermögen wird auf 1,6 Milliarden US-Dollar geschätzt. Im politischen Geschäft des Landes kennt sich Poroschenko aufgrund seiner Flexibilität bestens aus. In den vergangenen zwei Jahrzehnten war er bei Juschtschenko Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, bei Timoschenko wirkte er als Außenminister und bei Janukowitsch als Wirtschaftsminister. In letzterer Funktion liefen seine Geschäfte besonders gut. (71)

Reichster und wohl auch mächtigster Mann der Ukraine ist der Multimilliardär Rinat Achmetow. Er gilt als „Herr des Donbass“. Dem Oligarchen gehört mit der Firma „System Capital Management“ (SCM) das größte Unternehmen des Landes. Er kontrolliert 40 Prozent der gesamten ukrainischen Stahlproduktion und fast die Hälfte der Kohleproduktion sowie 30 Prozent der Stromerzeugung. Mit einem Fernsehsender und mehreren Zeitungen lässt er auch „Zeitgeist“ produzieren. Rund 300.000 Menschen arbeiten in seinen Betrieben. Achmetow sei – aus wirtschaftlichen Gründen – „stets bemüht gewesen, die Konflikte mit Moskau keinesfalls eskalieren

---

69 Berliner Zeitung, 24. April 2014

70 Berliner Zeitung, 26. Mai 2014

71 German Foreign Policy, Newsletter, 26. Mai 2014



zu lassen.“ (72) Mit Janukowitsch verlor er „seinen wichtigsten Interessenvertreter in der nationalen Politik.“ (73) Er protestierte öffentlich gegen die bewaffneten Aggressionen Kiews gegen die ostukrainischen Regime-Gegner. „Zunächst, so heißt es, (habe er) Teile der Protestbewegung in der Ostukraine unterstützt, um der Forderung nach größerer Autonomie der Regionen („Föderalisierung“) und damit nach stärkerem Einfluss der tatsächlichen regionalen Machthaber, also der Oligarchen, Nachdruck zu verleihen.“ (74a) Nach zwei Besuchen Steinmeiers bei Achmetow begann dieser zunächst „Ordnergruppen“ zu rekrutieren, um „separatistischen Aktivitäten“ zu begegnen. Dann ging er dazu über, „aus der Arbeiterschaft seiner Betriebe „Fabrikmilizen“ zu bilden, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Das „Modell der Fabrikmilizen“ will er auch an seinen anderen Betriebsstandorten anwenden.

Der Banken-, Stahl- und Medien- Milliardär Ihor Kolomojskj wurde nach dem Sturz von Janukowitsch von der Putschistenregierung zum Gouverneur von Dnipropretowsk ernannt. Der Eigentümer der größten Geschäftsbank der Ukraine, von Fluglinien und einer Erdölraffinerie setzt mit seinen Handlungen Achmetow unter Druck. Er finanziert und fördert den „irregulären bewaffneten Kampf gegen ostukrainische Regimegegner.“ (74b) So das von Kiew geschaffene „Freikorps Donbass“, in dem Kräfte des „Rechten Sektors“ konzentriert sind. Kolomojskj, dadurch angeregt, beschloss eine Sondereinheit mit dem Namen „Dnipro“ aufzustellen.

Der ukrainische Oligarch Serhij Taruta ist Besitzer von Metallkombinaten. Der Stahlmagnat wurde von Kiew zum Gouverneur des Gebietes Donezk ernannt. Er ließ Barrikaden in Mariupol abbauen und will sich Achmetows Beispiel, „Ordnungsdienste“ aufzubauen, anschließen.

Mit dem Ergebnis der Wahl vom 25. Mai erreicht die Vernetzung von Staat und Oligarchen eine neue Qualität. Sie zeigt sich in der Entschlossenheit, mit brutaler Gewalt jegliche Autonomiebestrebung im Blut zu ersticken. In der Folge dürfte das bestehende Pro-

---

72 German Foreign Policy, Newsletter, 16. Mai 2014

73 German Foreign Policy, Newsletter, 26. Mai 2014

74a German Foreign Policy, Newsletter, 15. Mai 2014

74b German Foreign Policy, Newsletter, 15. Mai 2014

fitsystem durch die erstrebte und zweifellos erreichte unmittelbare Wechselwirkung von Geschäft und Politik auf „goldene Zeiten“ setzen. Tatsächlich ist die Ukraine politisch und sozial deutlicher denn je gespalten. Die Personalunion von Präsidentenamt und Oligarch sichert eine noch intensivere Ausplünderung des Volkes als bisher.

Mit der Wahl Poroschenkos zum Präsidenten erreichte die Gewalt in der Ukraine, die sich besonders gegen die Autonomie-Bewegung richtet, eine neue Stufe. Gegen Slowjansk und Lugansk wurden einzelne Armeeverbände gegen Einheiten der „Nationalgarde“ und der „Nationalverteidigung“ ausgetauscht. Von Oligarchen gesponserte Banden, sogenannte „Freikorps“, wurden herangezogen. Panzer, schwere Artillerie, Kampffjets, Kampfhubschrauber und Fallschirmjäger werden eingesetzt. Sie beschießen Stadtzentren in Slowjansk und Lugansk. Die Wasser- und Stromversorgung ist infolge des Beschusses in Slowjansk ausgefallen. Zehntausende Einwohner der Städte haben fluchtartig ihre Heimstätten verlassen.

Poroschenko hatte unmittelbar nach Bekanntgabe seines Wahlerfolgs erklärt, die „Anti-Terror-Operationen“ müsse schneller und effektiver geführt werden. Die Operation „kann und wird nicht zwei bis drei Monate dauern. Sie soll und wird Stunden dauern.“ (75) Die Aufständischen seien, so Poroschenko, „ganz einfach Terroristen. Manche von ihnen sind geisteskrank“. (76) Die Putschistenregierung versprach dem Präsidenten eine „volumfängliche Anti-Terror-Operation“. (77)

Am Rande der Feiern zum 70. Jahrestag der Landung der westlichen Alliierten in der Normandie war es zu Gesprächen zwischen Putin und Hollande bzw. Merkel gekommen. Ein kurzes Gespräch führte Putin auch mit Poroschenko. Dabei hätten sich beide, so wurde von westlichen Agenturen gemeldet, „für ein Ende des Blutvergießens im Südosten der Ukraine und „für ein Ende der Kampfhandlungen auf beiden Seiten ausgesprochen.“ (78) In westlichen Kommentierungen der Begegnungen in der Normandie hieß es u.

---

75 Berliner Zeitung, 28./29. Mai 2014

76 Berliner Zeitung, 8. Mai 2014

77 Berliner Zeitung, 27. Mai 2014

78 Junge Welt, 7./8./9. Juni 2014

a., der Dialog gewönne wieder die Oberhand. Es habe hoffnungsvolle Signale der Entspannung gegeben. Es handle sich um einen fragilen Fortschritt.

In einem Interview erklärte Poroschenko später, er wolle Russland für die „Tragödie“ in seinem Land bestraft sehen. (79)

Die Realität: Von „hoffnungsvollen Signalen“ ist die Rede. Aber die NATO bleibt auf Expansionskurs. Poroschenko kündigte die Schaffung eines „Fluchtkorridors“ und einen „Dialog“ mit den Menschen der Ostukraine an. Aber der Bürgerkrieg geht mörderisch weiter. Es ist an Kiew, den ersten Schritt zur Einstellung der Kriegshandlungen zu tun.

### **Den Frieden bewahren**

100 Jahre nach dem I. Weltkrieg und 75 Jahre nach dem II. Weltkrieg stellt sich die Welt, stellt sich Europa keineswegs als Friedensidylle dar.

Das USA-Imperium und die von ihm befehligte NATO haben im Verfolgen ihrer geopolitischen und geoökonomischen Ziele mit „Weltordnungskriegen“ im Nahen und Mittleren Osten eine schreckliche Blutspur und „gescheiterte Staaten“ hinterlassen.

Nach dem völkerrechtswidrigen Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens vor 15 Jahren führt das Hegemoniestreben der westlichen Führungsmacht erneut zur Destabilisierung in Europa: Nach den Plänen der Gralshüter von Völker- und Menschenrecht soll die Ukraine zum Frontstaat ausgebaut und Russland zur „Regionalmacht“ herabgestuft werden. Der neoliberale Expansionismus der EU, der maßgeblich von ihrer deutschen Führungsmacht gesteuert wird, zielt gegenwärtig darauf ab, die Ukraine in ihren Machtbereich einzugliedern. Als willigen Erfüllungsgehilfen haben sich USA, NATO und EU in Kiew eine auch mit Faschisten ausgestattete Putschistenregierung eingerichtet und die Restauration der Oligarchen erreicht. Von CIA-Experten beraten üben die Kiewer Machthaber Staatsterrorismus gegen Teile des eigenen Volkes aus.

Der mit brutaler Gewalt geführte Bürgerkrieg und der von Kriegshysterie begleitete Aufmarsch der NATO gegen Russland haben zu

einer hochexplosiven, den Frieden gefährdenden Lage geführt. Die Urheber der Destabilisierung der Lage auf unserem Kontinent versuchen ihre Machenschaften mit einer rassistischen antirussischen Dauerkampagne abzuschirmen. Ihre Massenmedien führen mit einer von der politischen Elite durch Teilwahrheiten, Lügen und Weglassen von aktuellen und historischen Fakten dirigierten und systematisch betriebenen Verfälschung der Wahrheit einen schamlosen Kampf zur Verdummung der Öffentlichkeit. Er dient objektiv friedensfeindlichen Zielen.

Der Hauptstoß der seit Monaten anhaltenden Kampagne ist gegen den russischen Präsidenten gerichtet, weil er die nationalen Interessen seines Landes verteidigt. Regelrechte Hassorgien der Russophobie verunglimpfen ein Volk, das unter hohen Opfern den entscheidenden Beitrag zur Befreiung der Völker Europas von faschistischer Barbarei geleistet hat. Der Antikommunismus, diese Grundtorheit, lebt in der von den Propagandisten des Imperialismus vollzogenen Metamorphose in dieser Hetze fort.

Die NATO hat mit ihrer Osterweiterung, die mit dem Bestreben der Einbeziehung der Ukraine in das Interventionsbündnis eine neue Etappe erreicht, de facto den Kalten Krieg nie eingestellt. Mit der Ukraine-Krise wird in Brüssel von der „Schlacht um Europa“ gesprochen. Der NATO-Generalsekretär bezeichnet diese Krise als „Weckruf für Europa“. Und so rüstet die NATO gegenwärtig für eine lang andauernde Ukraine-Krise auf. Ein groß angelegtes Manöver wird für den Spätsommer vorbereitet, in das zahlreiche Länder einbezogen werden.

**Doch Europa braucht keine neue Phase der Militarisierung im Ukraine-Konflikt. Europa braucht keine Kriegsübungen am Rande des Abgrunds. Europa braucht endlich politische Lösungen des Konflikts.**